

Mexiko – Land der Widersprüche

Susanna Sutter, Vortrag vom 26.4.2010 (teilw. aktualisiert Februar 2011)

Ferienparadies mit landschaftlichen Schönheiten und kulturellen Reichtümern, wichtiger Handelspartner für die Schweiz, seit Jahrzehnten mit einer demokratischen Verfassung, lebendiges Kunst- und Kulturleben, massgebliche Mitarbeit im UNO Menschenrechtsrat, auf der einen Seite. Armut, Ausbeutung von Ressourcen und Menschen, Korruption, „Hinterhof“ der USA, organisiertes Verbrechen, „Narcopolitik“, wachsende soziale Unruhen auf der anderen Seite.



Allgemeine Informationen

Mexiko liegt als Flaschenhals zwischen Südamerika und den USA im südlichen Nordamerika. Im Norden die Grenze zu USA mit rund 3000 km, im Süden die Grenzen zu Guatemala mit 960 km und Belice mit 250 km.

Laut der letzten Volkszählung 2005 leben 104 Mio. Menschen in Mexiko, mit einem geschätzten Anteil Indigener von ca. 12%, die schwerpunktmässig in Guerrero (23%), Chiapas (25%), und Oaxaca (14%) leben. Der Analphabetismus (Zahlen 2000) beträgt in diesen drei Bundesstaaten rund 20%, ebenfalls am Schluss sind sie bezüglich Anrechts auf Sozialversicherung, Anschlusses an elektrische Energie, Wasser und Abwasser, Strassenbaues.

Etwas Geschichte:



1521 wurde das Hauptreich Tenochtitlán der Azteken von Hernán Cortés unterworfen und Mesoamerika nach und nach mittels einer brutalen Conquista erobert, ausgeraubt und die einheimische Bevölkerung praktisch ausgerottet. Von je nach Quelle 25 Mio. Ureinwohnern in Nueva España überlebten bis 1630 ca. 250'000 Menschen (3%)!

Erste Kolonialepoche kennzeichnete sich durch reine Macht des spanischen Königs, repräsentiert durch einen Vizekönig und ausgeübt und kontrolliert durch Beamte aus Spanien. Nach und nach bildete sich eine einheimische Elite aus in Mexiko geborenen Nachkommen von Spaniern („criollos“). Um die beiden Bevölkerungsgruppen zu unterscheiden, führte man die República de Indios und República de Españoles ein, natürlich mit verschiedenen Rechten, Aufgaben, Freiheiten, Wohnorten. Damit sollte eine Vermischung der Rassen verhindert werden. Aber früh schon begann die Mestizisierung, anfangs v.a. durch Soldaten, die mit indigenen Frauen Kinder zeugten, in einigen Fällen mit Heiraten zwischen Spaniern und Töchtern von einheimischen Häuptlingen. Daraus entwickelte sich dann eine privilegierte Schicht innerhalb der unterworfenen Ureinwohner, und der Kazikismus. Aber auch kulturelle und religiöse Vermischungen, Synkretismen, ergaben sich.

Die ganzen Reichtümer des Landes wurde nach Spanien verfrachtet, allem voran Edelmetalle und –steine, aber auch Landwirtschaftsprodukte, Vieh, alles erwirtschaftet durch die Indios. Und alles begleitet und unterlegt mit oft gewalttätiger Missionierung durch die katholische Kirche. Grosse überlieferte Schätze wurden mit z.T. fanatischem Eifer vernichtet, goldene Schmuck- und Ritualstücke eingeschmolzen, Códices verbrannt, Tempel und Paläste ausgeplündert und niedergerissen. Andere der Mönche hingegen interessierten sich für die alten Kulturen, studierten Sprache, Religion, Staatsform, Tradition, Überlieferungen und schrieben alles in Büchern nieder.

Ende 18. anfangs 19. Jahrhundert entstanden in allen Kolonien des amerikanischen Kontinents Unabhängigkeitskämpfe, angeführt durch die Criollos. Im Norden des heutigen Mexiko hatten sich 1810 eine Gruppe Aufständischer um den Pater Miguel Hidalgo gegen die Regierung erhoben, und besiegte und besetzte bis 1813 grosse Teile des Landes. In langen inneren Kämpfen um eine Staatsform konsolidierte sich allmählich eine Republik unter einem Präsidenten, die nun aber bei Frankreich, England und Spanien schwer verschuldet war. Frankreich nahm das als Vorwand für eine Invasion in Mexiko. Es gelang den Truppen 1863, die wichtigsten Städte zu erobern, auch dank Unterstützung der mexikanischen Konservativen, die das Land in eine Monarchie verwandeln wollten. Sie

schlugen als Kaiser Maximilian, Erzherzog von Österreich, vor, was Napoleon III gewünscht hatte. Das Reich dauerte aber nicht lange. 1867 wurden Maximilian und seine Getreuen fusiliert, die Republik ausgerufen. Benito Juárez, ein Indigener aus Oaxaca, wurde erster, einigermaßen demokratisch (nur männliche Nachkommen der Spanier, Adlige und Grossgrundbesitzer hatten bürgerliche Rechte) gewählter Präsident der neuen Republik.

Doch auch diese basierte auf der alten Unterteilung von Macht und Geld. Im Lauf des 19. Jh. schritten Industrialisierung und Handel fort, es bildete sich eine Arbeiterschicht neben den bisher hauptsächlich in der Landwirtschaft tätigen Landarbeitern. 1876 kam Porfirio Díaz an die Macht, die er bis 1910 als Diktator innehatte. Seine Regierung zeichnet sich aus durch Machterhaltung der Eliten, Willkür und Unterdrückung. Die allgemeine Unzufriedenheit entlud sich zum Aufstand, als sich Díaz 1909 erneut als Präsidentschaftskandidat aufstellte. Das Hauptpotential stellten die Bauern dar, die unter der Regierung nach und nach alles Land verloren hatten und die unter miserablen Bedingungen in den Haciendas der Mächtigen arbeiten mussten. Nach dem unter Betrug und Gewalt zustande gekommenen Wahlsieg von Díaz erhob sich das Volk im November 1910 in Waffen.



1911 feierte Pancho Villa in Chihuahua erste Triumphe. 10 Tage später besetzen die bewaffneten Bauern in Morelos unter Emiliano Zapata den Bezirk Cuautla, nahe der Hauptstadt Mexiko. Die Revolutionswirren dauerten bis 1917, als die erste Verfassung in Kraft trat. Bis 1934 dauerte es, dass sich die neue Staatsform konsolidierte – das Land von nun an bis 2000 immer regiert von der Partei PRI (Partido Revolucionario Institucional).

Politik:

Rund 70 Jahre, bis 2000 war es praktisch eine Einparteienherrschaft unter der PRI. Anfänglich sozialpolitisch mit guten bildungs-, gesundheits-, wirtschaftspolitischen Errungenschaften, offen auch für internationale Flüchtlinge verschiedener sozialer und revolutionärer Bewegungen. Nach und nach degenerierte die unangefochtene Macht das Regime. Es hatten sich auch andere Parteien formiert, aber die PRI hielt sich dank ihrer kompletten Durchdringung der Strukturen, dank Korruption und Wahlbetrug bis hin zu politischem Mord weiter an der Macht. Seit den 80er Jahren schlossen sich mexikanische Politik und Wirtschaft dem globalen neoliberalen Diktat an, und begannen, den Sozialstaat abzubauen. Freihandelsverträge mit USA, Privatisierung, Vorgaben von Weltbank und

Währungsfonds, dramatische Abwertung des Peso 1994 als Folge der immensen Verschuldungen erdrückten die Bevölkerung. Die Menschen hatten auch genug von der Korruption, Willkür, Vetternwirtschaft, Verfilzung von Wirtschaft, Politik, Regierung. Deshalb wählten sie 2000 deutlich den Kandidaten einer anderen, rechtskonservativen Partei, der PAN (Partido Acción Nacional), die ihnen den „Cambio“ (Wechsel) versprach. Die Enttäuschung folgte bald. Vicente Fox führte die neoliberale Wirtschaftspolitik hart weiter. Gemeinsam mit seiner Ehefrau (Marta Sahagún) und Spezis aus Politik und Wirtschaft flossen ungeheure Geldströme in die Korruption und ihre Taschen. Die Schere zwischen arm und reich wurde immer grösser. Der Mexikaner Carlos Slim, der reichste Mann der Welt (Forbes 2009) mit einem geschätzten Vermögen von 53.5 Milliarden US\$, besitzt u.a. auch grosse Teile des Centro Histórico von Mexiko-Stadt.

2006 versprach das politische Projekt des Kandidaten der linken PRD (Partido Revolucionario Democrático), Andres Manuel López Obrador (AMLO), einen wirklichen Wechsel. Seine Anhängerschaft wuchs, sein Wahlsieg schien sicher.



Doch die Machtmaschine funktionierte erneut: Fox setzte als Präsidenten der nationalen Wahlbehörde einen Getreuen ein, liess das Wahlgericht neu besetzen, vergab die Administration des Stimmregisters sowie die Entwicklung und Kontrolle des Computerwahlprogramms an einen Schwager des eigenen Kandidaten, Felipe Calderón Hinojosa. Wie zu erwarten, gewann dieser. Die Wahlmanipulation war offensichtlich.

Die Leute waren wütend, AMLO mobilisierte wochenlang Millionen zum Protest. Der Zócalo (Hauptplatz) der Hauptstadt und die Prachtstrasse Paseo de la Reforma waren von Zugereisten aus allen Bundesstaaten besetzt, die sich in Zeltstädten dort einrichteten, Diskussionen, Konzerte, traditionelle und kulturelle Anlässe organisierten und immer wieder am Wochenende auf den Platz strömten, um mit AMLO die Neuzählung zu verlangen und gegen die Regierung zu protestieren. Doch es nützte alles nichts, die Macht sass den Protest aus und am 1. Dezember 2006 liess sich Calderón – nicht im Präsidentenpalast, sondern in der privaten Residenz der mexikanischen Präsidenten – das Band umlegen. In seiner ersten Erscheinung vor dem Volk trug er die Uniform eines Fünfsterngenerals, seine kleinen Söhne diejenigen von Offizieren, und er erhöhte als eine seiner ersten Amtshandlungen die Löhne des Militärs. Klare Signale!

Bei den vergangenen Wahlen 2009 (Kongressabgeordnete, Gouverneure in einigen Provinzen) hat die PRI wieder massiv aufgeholt und überwiegende Mehrheiten gewonnen. Für die Präsidentschaftswahlen 2012 sind das beunruhigende Signale. Präsident Calderón hat versagt und ist verhasst, was der PAN schlechte Karten für die nächsten Wahlen gibt, und die Linke ist zersplittert und zerstritten.

Aktuell befindet sich Mexiko in einer Staatskrise von historischem Ausmass. Es sind eigentlich mehrere Krisen gleichzeitig. **Eine politische Krise:** Obwohl sich der politische Diskurs seit 2000 änderte und mit Fox eine so genannte Demokratie eingekehrt war, fand keine grundlegende Änderung im autoritären Machtsystem statt. Calderóns hat nach der umstrittenen Wahl ein Legitimitätsproblem. Die mexikanische Gesellschaft ist nach dieser Wahl gespalten und bleibt zerrissen.

Der schwache Präsident versucht sich mit dem erklärten Krieg gegen die Drogenkriminalität und einer systematischen Militarisierung politische Autorität zu verschaffen. Von seiner Schwäche und dem entstandenen Machtvakuum profitieren einzelne Gouverneure und die „faktischen Mächte“ (Wirtschaftseliten und organisiertes Verbrechen).



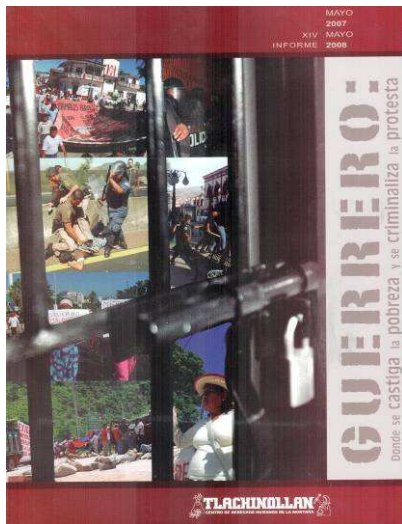
Eine Wirtschaftskrise: Seit der vollen Umsetzung des Freihandelsvertrags (NAFTA) 1994 ist Mexiko extrem abhängig von den USA, somit auch von deren Wirtschaftskrisen. Die Volkswirtschaft schrumpfte 2009 um fast 10% (gegenüber durchschnittlich 1.9% im übrigen LA). Die Produktion von Erdöl ist seit 2004 wegen mangelnder Investitionen in die Infrastruktur, fehlender Erschliessung neuer Quellen und ausbleibendem Ausbau von Raffinerien um fast ein Viertel eingefallen. Die Überweisungen der mexikanischen ArbeiterInnen (rund 10 Mio. oder 25% der gesamten Arbeitskräfte!) aus den USA als zweitwichtigste Devisenquelle sank 2009 um 16%. Mehr als die Hälfte der mexikanischen Bevölkerung ist von Armut betroffen. Die Wirtschaftskrise trifft die junge Generation am härtesten. Laut mexikanischen Medien haben rund 7 Mio. Jugendliche weder einen Arbeits- noch einen Studienplatz, also kaum legale Perspektiven. **Eine Krise der inneren Sicherheit:** Der von Calderón 2007 erklärte Krieg gegen die Drogenkriminalität hat bis heute 34'000 Menschen das Leben gekostet. Die massiven Menschenrechtsverletzungen durch Militärs und die allgemeine Straflosigkeit zeigen den fehlenden politischen Willen, den Rechtsstaat zu verteidigen und die Sicherheit der Bevölkerung zu garantieren. Dieser ‚Krieg‘ ist ein Fiasko, aber erfolgreich in der Kontrolle der Bevölkerung und Kriminalisierung des Protests.

Krisenherde

Es gibt geografisch und demografisch zwei Mexikos: der auf die USA ausgerichteten Norden, mit Industrie und städtischen Ballungszentren, dem organisierten Verbrechen mit dem intensiven Grenzaustausch von Drogen, Menschenschmuggel und Waffen, mit einer

überschäumenden Gewalt durch Kriminelle, Militärs und Polizei gegeneinander und gegen die Zivilbevölkerung. Und den armen Süden, der den Verhältnissen in Zentralamerika entspricht. In den drei südlichen Bundesstaaten Guerrero, Oaxaca und Chiapas manifestieren sich die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ursachen der mexikanischen Krise am deutlichsten. In diesen extrem armen und von Indigenen bewohnten Regionen liegen bedeutende Ressourcen, was multinationale Unternehmen für verschiedene Grossprojekte anlockt, die den Widerstand der lokalen Bevölkerung provozieren. Zahlreiche soziale Bewegungen verteidigen Land, Territorium und Ressourcen in ihrer Region. Darauf reagieren die Regierung Calderóns und die Lokalbehörden mit einer umfassenden Strategie der Diffamierung und Kriminalisierung des sozialen Protests.

Guerrero



Wenig ist über diesen Teilstaat mit höchster struktureller und politisch motivierter Gewalt in und ausserhalb Mexikos bekannt. Die Erfahrung des „schmutzigen Kriegs“ (über 500 Verschwundene) der 70er Jahre wirkt bis heute nach. Dutzende politischer Morde und zahlreiche Verhaftete und Verschwundene waren auch 2009 zu beklagen. Die Ursache aller Gewalt ist die Armut der Landbevölkerung und deren Ausbeutung. 42 Prozent der drei Millionen EinwohnerInnen sind nach offiziellen Statistiken unterernährt, das sind mehr als doppelt so viel wie im mexikanischen Durchschnitt (18 Prozent).

2009 hat sich die bereits angespannte Situation weiter verschärft. Als trauriges Beispiel gilt die Ermordung (Februar 2009) von Raúl Lucas Lucía und Manuel Ponce Rosas, Präsident und Sekretär der „Organización para el Futuro del Pueblo Mixteco“ (OFPM), in Ayutla de los Libres. Sie wurden unter den Augen der Polizei von Uniformierten entführt, anschliessend gefoltert und später ermordet aufgefunden. Von Seiten der Behörde hiess es, die beiden seien Opfer der Narco-Mafia. Andere Ziele der Repression sind Umweltaktivisten, die sich für die Erhaltung ihrer Wälder gegen ausländische Holzfirmen wehren. Felipe Arriaga, ein Bauernführer, war jahrelang unter falschen Anschuldigungen im Gefängnis eingesperrt. Auf nationalen und internationalen Druck von NGOs wurde er letztes Jahr freigelassen. Ende Jahr fiel er einem Verkehrsunfall zum Opfer, dessen Umstände nie untersucht wurden.

Im zweiten Halbjahr 2009 kam Guerrero in die Schlagzeilen, wegen dem verstärkten Auftreten der Guerilla ERPI (Ejercito Revolucionario del Pueblo Insurgente) mit säbelrasselnden Pressecommuniqués der Anführer. Dies führte zu einer Reaktion seitens der staatlichen Organe und von Paramilitärs, die oft die militärischen Besetzungen von Dörfern unterstützen. Sie treten aktuell verstärkt in Erscheinung und es besteht die Gefahr, dass sie vereint mit dem organisierten Verbrechen sich verselbständigen. Es gibt auch

Hinweise, dass ein wichtiger Teil des Militärs mit der organisierten Kriminalität gemeinsame Sache macht. Militärpräsenz bedeutet immer auch grosse Probleme für Einheimische, v. a. Frauen, weil die Soldaten Alkohol und Drogen unter die Leute bringen, Unruhe stiften, anmassend und aggressiv auftreten, Frauen und Mädchen belästigen und vergewaltigen. Trotz alledem ist es bewundernswert, wie es sozialen Bewegungen immer wieder gelingt, nach langen und konfliktreichen Auseinandersetzungen Erfolge zu erzielen. Ende 2009 ist der Widerstandsbewegung der DorfbewohnerInnen die Einstellung des für die Stromerzeugung vorgesehenen Staudammprojekts „La Parota“ oberhalb Acapulcos gelungen. Allerdings lässt der Druck nicht nach. Seit kurzem ist das Projekt wieder aufgenommen, diesmal unter dem Vorwand der Wasserversorgung für Acapulco. Die staatlichen Behörden haben begonnen, die Bevölkerung zu entzweien und so streiten sich nun die Befürworter und Gegner innerhalb der Gemeinden. Eine andere Gemeinde, El Carrizalillo, hat es dank einer starken Widerstandsbewegung geschafft, einer kanadischen Goldminenfirma wesentlich höhere Entschädigungsleistungen abzuverlangen.

Oaxaca

2006 eskalierte ein Streik der Lehrgewerkschaft und dauerte der anschliessende Volksaufstand rund sechs Monate. Es war zweifellos eine historische soziale Bewegung. Manche haben sie mit der Pariser Kommune verglichen. Gleichzeitig sind die AktivistInnen heute ernüchtert, wie wenig aus dieser Zeit übrig geblieben ist. Das autoritäre Regime der PRI hat in Oaxaca nun schon seit 80 Jahren regiert. Wann und wie kann dieses Perpetuum Mobile der Macht gebrochen werden? Die kommenden Wahlen am 4. Juli werden wegweisend sein, nicht nur für Oaxaca, sondern auch im Hinblick auf die nächsten Präsidentschaftswahlen 2012. [Nachtrag: seit Dezember 2010 ist nun ein neuer Gouverneur, Gabino Cué Monteagudo, portiert von einer Koalition der Opposition von links bis rechts, im Amt. Sein Sieg hat grosse Hoffnungen geweckt, die er aber unter schwierigen herrschenden Bedingungen erst noch erfüllen muss.]

Eine Schlüsselerfahrung von 2006 war die zentrale Rolle der Medien. Ohne die unabhängigen bzw. besetzten Radiostationen wäre die Mobilisierung in dieser Art nicht möglich gewesen. „Die Menschen schliefen bei laufenden Radios und waren jederzeit bereit, auf die Strasse zu gehen.“ (Pedro Matias). Allerdings zeigte sich dann auch die Macht der nationalen Fernsehstationen mit einer nachhaltigen Diskreditierung der Bewegung, die auch die Repression zu rechtfertigen half. Kritische JournalistInnen wurden aber auch selbst Opfer der Repression (Ermordung des US-Reporters Brad Will und von zwei jungen Triqui-Indigenas eines Kommunalradios sowie die Verschleppung und Folterung des Zeitungsjournalisten Pedro Matias).



Aufgrund der Erfahrungen von 2006 organisierten sich verschiedene Gemeinden, um „radios comunitarios“ zu gründen. Über sie erhält die Bevölkerung die „andere Information“. Gerade bei Projekten, die sie direkt betreffen, sind diese Radios von grosser Bedeutung. So konnte „Zaachila Radio“ in einem entscheidenden, frühen Moment über die Planung einer Umfahrungsstrasse informieren und zu einer Koordination der Gemeinden gegen das Projekt beitragen.

Auch in Oaxaca sind verschiedene Grossprojekte geplant oder im Aufbau. So soll bei Paso de la Reina ein Staudamm Strom für den Export produzieren und der Windpark von La Venta im Istmo de Tehuántepec zum grössten Lateinamerikas werden. Die Bauern von La Venta versuchen, den internationalen Unternehmen bessere Bedingungen abzuringen. Andere weigern sich, ihr Land zu verpachten. Die Produktion der sauberen Windenergie (zwecks Export in die USA) steht im Gegensatz zur schmutzigen Geschäftspraxis („los negocios sucios de la energía limpia“) der Unternehmer. Der neueste Windpark (La Venta IV) wird auch mit einem Kredit der Interamerikanischen Entwicklungsbank (BID) von 102 Mio. USD mitgetragen. ABB soll laut Berichten über die mexikanische Firma Elecnor am Bau der Stromsammelstation und von Transportleitungen nach Nordmexiko und den USA beteiligt sein.

Chiapas

Chiapas ist der Öffentlichkeit erst seit 1994, dem Aufstand der Zapatisten, bekannt geworden. Heute ist alles noch etwas komplexer, aber die Ursachen des Aufstands sind immer noch dieselben: Konflikte um Land, Autonomie und Ressourcen.



Die Regierung von Chiapas unter Gouverneur Sabines ist an mehreren Fronten aktiv. Unter dem schönfärberischen Namen „Plan de Desarrollo Chiapas Solidario“ soll Mexikos ärmster Teilstaat modernisiert werden. Das heisst, Umstellung von der traditionellen Landwirtschaft auf exportorientierte Agroindustrie (Zitrusfrüchte, Palmöl, Yatropha für Agrotreibstoff). Weitere Projekte sind Minen, Staudämme und der Ausbau der Infrastruktur für den Tourismus.

Dieses Modernisierungskonzept ist nur umsetzbar, wenn „das für die Grossprojekte vorgesehene Land von der ansässigen Bevölkerung gesäubert wird“. 70 % der Bevölkerung leben in kleinen Streusiedlungen. Darin sieht die Regierung die Hauptursache für die Armut.

Über eine konzentrierte Neuansiedlung („Landstädte“) sollen die Menschen Zugang zu Infrastruktur (Schulen, Gesundheit) erhalten und gleichzeitig in die moderne Agrarindustrie integriert und in die Konsumwelt gezwungen werden. Also: nichts mehr selbst produzieren; aber wie kaufen ohne Geld? Dieses westliche und die lokale Kultur missachtende Modernisierungskonzept deckt sich mit dem „Projekt Mesoamérica“ (eine aktualisierte Version des Plan Puebla-Panamá), das die ganze Region von Mexiko bis Kolumbien in eine neoliberale marktgerechte Infrastruktur umkrepeln will. Und die Regierung Chiapas propagiert, damit die Millenniums-Ziele der UNO zur Reduzierung der Armut zu erfüllen!

Die Strategie der Regierung, die oppositionellen Stimmen zu neutralisieren, hat die altbewährte Methode „Kaufen, Spalten und dann gezielt Zuschlagen“. Es gibt tatsächlich eine Liste „Convenios de Gobernabilidad“, in welcher die monatlichen Zahlungen an soziale Organisationen und deren Anführer aufgeführt sind. Die nicht korrumpierten Teile der Zivilgesellschaft werden von „bezahlten Rufmördern“ in Medienkampagnen diffamiert. So wird z.B. das Menschenrechtszentrum Frayba seit Februar 2009 ständig als ein „von Europa gesteuerter Feind der Regierung“ dargestellt. Physische Übergriffe, Verhaftungen unter konstruierten Beschuldigungen (Drogen, Waffen) und paramilitärische Aktionen bis hin zu Mord sind die Folgen.

Die sozialen Organisationen reagieren auf diese ausgeklügelte Strategie der Aufstandsbekämpfung: Sie rufen zur Verteidigung von Autonomie, Land, Territorium und Ressourcen auf. Der Widerstand hat verschiedene Formen angenommen und ist unterschiedlich (und unterschiedlich gut) vernetzt. Das EZLN (Ejército de Liberación Nacional) ist einer dieser Akteure. Es befindet sich momentan in einer „Phase der Konzentration nach innen“. Nach den zahlreichen Initiativen nach aussen muss es die eigene zivile Unterstützungsbasis wieder stärken.

In Chiapas sind ganz verschiedene Widerstandsnetzwerke aktiv: u.a. die „Andere Kampagne“; die in REMA (Red Mexicana de Afectados por la Minería) organisierten Gemeinden; die rund zwei Dutzend neuen Gemeinderadios; das „Widerstandsnetz gegen die hohen Strompreise“ sowie das basiskirchliche „Pueblo Creyente“ der Diözese von San Cristobal.

Atenco

Am 3. und 4. Mai 2006 kam es in San Salvador Atenco/Texcoco, Estado de México, zu Auseinandersetzungen zwischen Mitgliedern des Frente de Pueblos en Defensa de la Tierra (FPDT) und der Polizei, nachdem diese die Blumenverkäuferinnen vor der Markthalle vom Platz verweisen wollte. Die Bevölkerung wehrte sich, worauf ein Polizeiaufgebot von über 3'000 Mann brutal gegen die einige Hundert Protestierende vorging. Dabei wurden zwei Jugendliche getötet und zahlreiche der Demonstrierenden verhaftet. In der Haft wurden sie misshandelt, rund 20 Frauen auch sexuell misshandelt und vergewaltigt. 12 AktivistInnen wurden zu 67, resp. 112 Jahren Gefängnis verurteilt und in ein Hochsicherheitsgefängnis weggesperrt. Es ist dies die späte Rache der Regierung an dieser Organisation: In den Jahren 2002/03 war es ihnen gelungen, das Grossprojekt eines neuen internationalen Flughafens auf ihrem Gebiet, dem letzten landwirtschaftlich und von Ureinwohnern genutzten Land in der Nähe der Hauptstadt und Überwinterungsplatz von Millionen von

Zugvögeln aus dem Norden, zu verhindern. [Nachtrag: Anfang Juli 2010 wurden alle 12 der seit 2006 inhaftierten Aktivisten freigelassen. Der oberste Gerichtshof von Mexiko-Stadt hat die Beweise für ungültig und manipuliert, und das Verfahren als politisch motiviert erklärt.]

Der Widerstandskampf des FPDT für ihr Land und Territorium geht weiter. Als Nächstes will die nationale Wasserkommission fast die Hälfte des 5'385 ha grossen landwirtschaftlichen Gemeinlandes aufkaufen, unter dem Vorwand des Umweltschutzes!

Der Norden/Chihuahua

Ciudad Juárez im Bundesstaat Chihuahua ist die Stadt an der Grenze zu El Paso/USA, bekannt seit den 90er Jahren vor allem wegen der Frauenmorde, aber auch dem allgemeinen Niveau von Gewalt und Verbrechen. Hier konzentrieren sich die Problemkreise von Freihandel, Maquiladoras, Migration, Menschen-, Drogen-, Waffenhandel. Seit dem Amtsantritt von Calderón und trotz – oder wegen – seines Kriegs gegen das organisierte Verbrechen, eskaliert die Welle von Gewalt und Mord. Es ist nicht bloss das organisierte Verbrechen, das hier verwickelt ist, sondern es sind auch die Ordnungskräfte, die eigentlich die Bevölkerung schützen und den Rechtsstaat verteidigen müssten. Den Regierungen der drei Ebenen, Gemeinde, Bundesstaat und Bund, fehlen seit Jahren die Fähigkeit und der politische Wille, ihre Verantwortung wahrzunehmen.

Anfangs Dezember verurteilte der interamerikanische Gerichtshof den Staat Mexiko im Fall von drei jungen Frauen, deren Leichen 2001 neben derer von fünf weiteren nicht identifizierten Frauen in einem verlassenen Baumwollfeld gefunden wurden. Keine der zuständigen Behörden hatte die nötigen Untersuchungen der Verbrechen unternommen. Jetzt muss Mexiko öffentlich seine Verantwortung übernehmen und innerhalb eines Jahres über die sexuelle Gewalt in Chihuahua ermitteln, die Resultate bekannt machen, die Hinterbliebenen entschädigen und auch die Einschüchterungen gegen diese untersuchen und unterbinden. Mexiko muss auch alle Funktionäre, die Untersuchungen verschlampt hatten, zur Verantwortung ziehen.

[Nachtrag: bis heute ist dies nicht geschehen. Die Lage der öffentlichen Sicherheit und Menschenrechte verschlechtert sich mehr und mehr. Menschenrechtsverteidiger, Frauenrechtlerinnen, Anwälte, Journalistinnen, Sozialarbeiter in Ciudad Juárez sind selbst unmittelbar bedroht: Januar 2010: Josefina Reyes, Aktivistin gegen die Eskalation der Gewalt und gegen Menschenrechtsverletzungen durch Militärs, erschossen. Februar 2010: Aktivist gegen Räumung eines Armenquartiers durch dubiosen Landbesitzer mit Waffen bedroht. März 2010: Ernesto Rábago, MR-Anwalt, erschossen, seine Partnerin mit Tod bedroht. August 2010: Ruben Reyes, Bruder von Josefina, umgebracht. Dezember 2010: Marisela Escobedo Ortiz, Mutter einer ermordeten jungen Frau und aktiv in der Organisation, Nuestras Hijas de regreso a Casa, während ihres Protest vor dem Regierungspalast erschossen. Februar 2011: drei weitere Familienmitglieder von Josefina Reyes entführt und nach zwei Wochen tot aufgefunden. Februar 2011: Wohnhaus der Familie Reyes und von Malu García Andrade, Aktivistin von Justicia para Nuestras Hijas, abgebrannt, während sie in Chihuahua-Stadt an einer Protestkundgebung teilnahmen.]

Migration

Mexiko ist Sendeland von und Durchgangsland für MigrantInnen. Armut, Landflucht, Abhängigkeit von den Geldsendungen ihrer Familien aus den USA, Perspektivenlosigkeit für einerseits gut ausgebildeten Mittelstand und andererseits Junge ohne Arbeit und Ausbildungsmöglichkeit sind die Hauptursachen dieser Migrationsströme.

Auf dem Weg von Zentralamerika (v.a. Guatemala, El Salvador, Honduras) nach den USA sind jährlich 10'000nde Männer, Frauen, viele junge Menschen und Kinder unterwegs – ungeschützt, rechtlos, unsichtbar. Dies meist ohne Papiere und irregulär, ohne Geld, allein oder in Gruppen, mit Schleppern. Nur mit dem Ziel, der Armut und Aussichtslosigkeit in ihren Herkunftsländern zu entkommen und nach Amerika, dem Land der Hoffnung, zu gelangen.



Den meisten sind die Risiken und Gefahren bekannt: von der Polizei oder Migrationsbehörde geschnappt und zurückgeschafft zu werden, Opfer von Unfällen, Gewalt, Raub, sexuellen Misshandlungen und Vergewaltigung, Erpressung, Entführung, Mord zu werden. Aber trotz allem wollen oder müssen sie es wagen – immer wieder. Letztes Jahr ist das Thema nun plötzlich – nach jahrelang unbeachtet gebliebenen Verbrechen gegen diese „Unsichtbaren“ und „Rechtlosen“ - in das öffentliche Interesse gerückt, nachdem im August die Leichen von 72 ermordeten Menschen (58 Männer, 14 Frauen) aus Zentralamerika in einer Scheune im Bundesstaat Tamaulipas gefunden wurden.

Täter dieser Verbrechen sind in der Regel kriminelle Banden, aber auch staatliche Beamte (Polizei, Migrations- und Justizbehörden) sind darin verwickelt und profitieren, indem sie direkt mitmachen oder wegschauen und sich dafür bezahlen lassen. Ein „Hauptgeschäft“ sind die Entführungen. Laut einer Studie der mexikanischen Menschenrechtskommission sind von April bis September 2010 214 Fälle von Massenentführungen mit mehr als 10'000 Betroffenen bekannt. Dabei wird den Opfern alles von Wert gestohlen, viele werden vergewaltigt und ihnen die Telefonnummern von Familienangehörigen abgepresst, um Lösegeld einzufordern. Es ist dies ein Milliardengeschäft, praktisch straflos, denn die Opfer zeigen diese Verbrechen nie an. Wegen ihrer Rechtlosigkeit müssen sie damit rechnen, gedemütigt, misshandelt, eingesperrt und ausgeschafft zu werden.

In der Zivilbevölkerung hat ein Wandel eingesetzt. Viele Menschen, die entlang der Migrationswege leben, helfen den Flüchtenden. Sie bringen Essen und Trinken, geben ihnen Möglichkeiten auszuruhen, sich und ihre Kleider zu waschen, einige Momente von Alltagsleben zu erfahren. Diese Personen und Organisationen, die sich für die MigrantInnen einsetzen, sind selbst gefährdet, werden eingeschüchtert, bedroht, verhaftet wegen Menschenschmuggel.

Laut Elvira Aurellano, mexikanische Aktivistin seit ihrer Deportation aus den USA, ist Mexiko die „Migra“ der USA, die den Zuwanderungsstrom zurückhalten muss und den USA die schmutzige Arbeit abnimmt. Für Marta Sánchez, vom Movimiento Migrante Mesoamericano, ist da einerseits das organisierte Verbrechen, das im Sektor der MigrantInnen eine grosse

Beute ohne Stimme und Rechte gefunden hat. Auf der anderen Seite die institutionelle Gewalt, die MigrantInnen als Kriminelle etikettiert. Und dazu kommt das Militär, das die grossen Verfolgungsjagden unternimmt, ein Militär, das darauf trainiert wird, in allem und jedem den Feind zu sehen.

Mexiko – Paradies für die einen – Albtraum für die anderen

Quellen:

Fact finding-Mission Januar 2010

Solinetze CH/D

Kampagnen Amnesty International

La Jornada

E-Publikation ‚Desinformémonos‘, Februar 2011 mit Analysen zur Gewalt in Mexiko

Eigene Gespräche, Korrespondenz, Beobachtungen